

Die CDU muss ihr Konzept der Sozialen Marktwirtschaft
neu definieren und propagieren

Die treibende Kraft

Franz Schoser

Die CDU befindet sich gegenwärtig in einer Phase der Selbstfindung. Wer sich selbst finden will, tut gut daran, sich zu erinnern, woher er kommt. Dazu gehört die Erinnerung an die eigenen ideellen Wurzeln, auf denen jeder Neuanfang aufbauen muss. Dazu gehört aber auch die Erinnerung an frühere Erfolge. Denn wer aufbricht, muss sich etwas zutrauen.

Die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war einer der ganz großen Erfolge der Christlich-Demokratischen Union. Von den damaligen Weichenstellungen zehrt die Bundesrepublik Deutschland noch heute. Die wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen jener Zeit fußten auf dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses wirtschafts- und gesellschaftspolitische Leitbild vermochte es, die produktiven Kräfte der Deutschen zu wecken und auf den Wiederaufbau zu lenken. Die Soziale Marktwirtschaft sollte ein pragmatischer Ansatz sein, um durch die Freisetzung unternehmerischer Initiative die Bevölkerung rasch mit dem Notwendigsten versorgen zu können. Der erste Bewährungstest dieser neuen Konzeption war nicht ohne Risiko. Der Erfolg gab den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft Recht.

Die ordnungspolitischen Grundsätze wurden maßgeblich von Alfred Müller-Armack

bestimmt, der über seine Zusammenarbeit mit Bundeswirtschaftsminister Erhard erheblichen Einfluss auf die marktwirtschaftlichen Reformen hatte. Er prägte den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Dieser Begriff sah sich später häufig dem Vorwurf ausgesetzt, es handele sich um ein leeres Schlagwort. In Wirklichkeit ist er nur ein Beleg für die Kraft des richtig gewählten Wortes. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft trug nicht unerheblich zu den Wahlerfolgen der CDU in der Nachkriegszeit bei: Den Unternehmern versprach er Gestaltungsspielräume und ordnungspolitische Deckung für Investition und Gewinn. Den Arbeitnehmern vermittelte er eine angemessene Beteiligung an den von der Marktwirtschaft hervorgebrachten Wohlstandszuwächsen.

Bekanntlich besteht der Kern des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft darin, die Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Das Prinzip des Wettbewerbs steht im Vordergrund der Konzeption; dennoch ist sie eine Absage an einen „Kapitalismus pur“. Die Soziale Marktwirtschaft baut auf den Grundlagen des Liberalismus auf und weist dem Staat eine durchaus aktive Rolle zu, nämlich bei der Aufrechterhaltung des Wettbewerbes. Durch seine Wirtschaftspolitik

soll der Staat Konzentrationstendenzen entgegenwirken und eine Vermachtung der Wirtschaft verhindern.

Ein zweites gesellschaftspolitisches Merkmal tritt hinzu. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch der Versuch, konkurrierende Gesellschaftsschichten und Weltanschauungen in einer integrierenden Ordnung miteinander zu versöhnen. Dies ist auch die Position der CDU selbst. Die Folgerungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Nachkriegszeit lauteten: Leistungswettbewerb und sozialer Schutz, individuelle Freiheit und Verantwortung, Selbstinteresse und Marktkontrolle. All das begründet die Rollenverteilung in unserer pluralistischen Gesellschaft und beschreibt die Freiheiten, die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder.

Grundsatzentscheidungen

In den ersten zehn bis fünfzehn Jahren nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung dem Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft sicherlich gerecht. Blicken wir einmal auf die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen jener Jahre zurück: Die Währungsreform und die mutige Freigabe der Preise 1948 schafften die Basis für eines der wichtigsten Identifikations-symbole Nachkriegsdeutschlands: die Deutsche Mark. Danach: der Aufbau eines Leistungsfördernden Steuersystems und Abschreibungserleichterungen, Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz 1949 beziehungsweise 1952, Einführung der dynamischen, bruttolohnbezogenen Rente und Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), des „Grundgesetzes der Sozialen Marktwirtschaft“ im Jahre 1957. Ludwig Erhard hielt ein striktes Kartellverbot für den richtigen

Weg. Das GWB war im damaligen Meinungsbildungsprozess von Teilen der Wirtschaft jedoch hart umkämpft und verlor im Widerstreit der Interessengruppen einige seiner Zähne. Das ursprünglich geplante Kartellverbot mit nur drei Ausnahmen wurde in eines mit elf Ausnahmen verändert. Dennoch setzte das GWB Zeichen: für eine Gesellschaft des freien Marktzugangs, für eine unternehmerische Mittelstandsgesellschaft, die das Individuum nicht zur abhängigen Mitarbeit in anonymen Großorganisationen zwingt. Im Jahr 1958 folgte die Konvertibilität der D-Mark und 1961 schließlich mit dem Außenwirtschaftsgesetz der Übergang zu vollen marktwirtschaftlichen Regeln auch im außenwirtschaftlichen Verkehr. Erst auf der Basis dieser Rahmenbedingungen konnte sich in Deutschland ein leistungsfähiger Mittelstand herausbilden – und dies war auch politisch gewollt.

Die Erfolge ließen nicht auf sich warten. Die Wirtschaft gewann schnell ihre internationale Anerkennung zurück. Davon profitierten auch die Arbeitnehmer. Noch 1950 hatte es eine Arbeitslosenrate von 10,5 Prozent gegeben, 1960 herrschte praktisch Vollbeschäftigung; 1950 bis 1960 gab es ein Wachstum von real acht Prozent pro Jahr bei rundweg stabilen Preisen; schon ab 1952 hatte die Bundesrepublik Deutschland eine aktive Außenhandelsbilanz. Mit der Deutschen Mark war eine Stabilitätswährung geschaffen worden.

Es soll jedoch ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, dass sich die CDU nicht von Anbeginn mit der Sozialen Marktwirtschaft leicht getan hat. Es ist in erster Linie der Durchsetzungsfähigkeit und Überzeugungskraft Ludwig Erhards zu verdanken, dass sich die CDU für das System der Sozialen Marktwirtschaft entschied. Das Ahlener Programm der CDU von 1947 war noch von zahlreichen

sozialistischen Ideen geprägt. Der zunächst parteilose Ludwig Erhard hatte es nicht leicht, die CDU von seinen Vorstellungen zu überzeugen. Er war kein Parteipolitiker im herkömmlichen Sinne, sondern ein Idealist, dessen Charisma aus dem Glauben an die Richtigkeit seiner Ideen erwuchs. Die Lehre aus dem Erfolg Erhards lautet, dass auch Newcomern der Weg zur politischen Verantwortung in der CDU offen stehen sollte. Zum wirtschaftspolitischen Programm wurde der Titel des Buches *Wohlstand für alle*, das Ludwig Erhard für den Bundestagswahlkampf 1957 geschrieben hatte. In dem Buch belegt Erhard, dass die marktwirtschaftliche Transformation der ersten Nachkriegsjahre gelungen ist und die Akzeptanz des neuen Leitbildes nicht mehr nur Anspruch ist, sondern bereits umgesetzt werden konnte. Nahezu alle Bevölkerungsschichten waren nun in der Lage, am deutlich gestiegenen Wohlstand zu partizipieren. Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft waren gleichzeitig jene Überschüsse erwirtschaftet worden, die ein Mindestmaß an Umverteilung für die Schwachen ermöglichten. Zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gehörten auch staatliche Aktivität und Umverteilung. Seit den Tagen Ludwig Erhards kreist die wirtschaftspolitische Diskussion immer wieder um die Frage, wie weit staatliche Eingriffe gehen dürfen. Die Sozialdemokratie hat den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nach der Wende im Godesberger Programm von 1959 in ihren Regierungsjahren vereinnahmt und damit nahezu jede staatliche Intervention gerechtfertigt. Die CDU hat sich Begriffe und Inhalte der Sozialen Marktwirtschaft zu leicht abnehmen lassen. Schließlich ist sie die Partei, die in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft stand und auch weiterhin stehen soll. Es wird für die zukünftigen Erfolge der

Christlich-Demokratischen Union entscheidend sein, ob es ihr gelingt, Begriff und Inhalte der Sozialen Marktwirtschaft für sich zurückzugewinnen.

Was sind die aktuellen Herausforderungen an die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft?

Neujustierung erforderlich

Mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen stellen jedoch vor allem ausländische Beobachter verstärkt die Frage, ob das „alte“ Konzept der Sozialen Marktwirtschaft noch die angemessene Wirtschaftsordnung ist für eine *New Economy* mit ihren großen Herausforderungen. Richtig ist in jedem Fall, dass die Soziale Marktwirtschaft einer Neujustierung bedarf. Die Politik der Umverteilung von den „nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen“ hat bereits seit Beginn der siebziger Jahre die Innovation fördernde Risikobereitschaft vermindert und den Strukturwandel gebremst. Die hohe Staatsquote ist das statistische Konzentrat dieser Tendenz – weg vom Individuum hin zum Staat. Dieser Trend hat sich in den achtziger Jahren nicht entscheidend umgekehrt. Auch nach der Wiedervereinigung fand die Politik nicht den Mut zu grundlegenden Reformen – vor allem in der Sozialpolitik.

Jetzt drängt die Zeit. Die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln haben sich stark verändert: Die weltweite Mobilität des Kapitals und in immer stärkerem Maße auch die internationale Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte sind Ausdruck dieser Veränderungen. Die Möglichkeiten der weltweiten Integration von Produktionsabläufen, die uns die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschert haben, beschleunigen diesen Wan-

del. Weder unsere Arbeitsmarktordnung und unsere sozialen Sicherungssysteme noch das Steuersystem hat die Politik bislang diesen Veränderungen angepasst. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe der CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, mutige Neuorientierungen vorzunehmen, um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Die Aufgabe der Volkspartei CDU erschöpft sich dabei jedoch nicht in der Vorlage solcher Reformvorschläge. Die CDU kann Wahlen mit solchen Konzeptionen nur gewinnen, wenn sie die Bevölkerung zum einen von der Notwendigkeit dieser Reformen und zum anderen von der Vorteilhaftigkeit einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Entscheidend ist dabei die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger. Die CDU muss Vorstellungen entgegentreten, den schnellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen müsse die Politik mit mehr staatlicher Regulierung und Kontrolle begegnen. Notwendig ist stattdessen eine stärkere Betonung der Individualität. Die CDU braucht ein bewusstes Ja zu lange Zeit verpönten Begriffen – zur Leistung, zur Elite, zur persönlichen Verantwortung und zum unternehmerischen Risiko. Wir müssen weg von der lange Zeit vorherrschenden „Anspruchskultur ohne Risiko“ hin zu einer „Leistungskultur mit sozialer Sicherung“.

Zukunft des Wirtschaftsstandortes

Aus Sicht der Wirtschaft ist das Gelingen dieser Neuausrichtung von entscheidender Bedeutung: Denn die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Wirtschaft vertraut darauf, dass die CDU als marktwirt-

schaftlich orientierte Partei die berechtigten Interessen der Unternehmen, vor allem der mittelständischen Unternehmen, in ihrer innerparteilichen Willensbildung berücksichtigt. Dabei ist es selbstverständlich, dass eine Volkspartei immer Kompromisse zwischen verschiedenen Strömungen suchen muss. Gerade auf diesem Wege kann jedoch die CDU in breiten Bevölkerungskreisen in besonderem Maße Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten wecken. Eine Wirtschaftsorganisation wie der Deutsche Industrie- und Handelstag kann das selbst in dieser Breite nicht erreichen – zum einen, weil ihr der direkte Zugang zu den Bürgern fehlt, zum anderen, weil der latente Vorwurf des unternehmerischen Eigeninteresses die Überzeugungsarbeit erschwert. Gleichzeitig braucht die Wirtschaft die Zustimmung der Bevölkerung zur Marktwirtschaft in Zeiten der Internet-Ökonomie dringender denn je. Denn die Soziale Marktwirtschaft wächst von unten.

Ansatzpunkte der CDU

An drei Politikbereichen soll beispielhaft skizziert werden, wie diese Neuausrichtung der CDU hin zu mehr individueller Verantwortung aussehen könnte – der Rentenpolitik, der Wettbewerbspolitik sowie der Steuerpolitik:

Gerade bei der Rentenreform besteht eine zentrale Aufgabe darin, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Die Menschen wissen, dass angesichts der demographischen Entwicklung eine Reform unausweichlich ist. Wegen der langfristigen Ausrichtung des Rentensystems müssen Regierung und Opposition an dieser Stelle einen Konsens anstreben. Die Rente eignet sich nicht für hektisches parteipolitisches Agie-

ren, wie wir es nach dem letzten Regierungswechselerleb haben – allerdings auch nicht für faule Kompromisse, die die Steuer- und Soziallasten weiter ansteigen lassen würden. Der CDU kommt in den Verhandlungen mit der Regierung die wichtige Aufgabe zu, im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft für eine stärkere Eigenverantwortung in der Altersvorsorge einzutreten. Die gesetzliche Rente wird in Zukunft keine Vollabsicherung leisten können; sie bildet aber die wichtige beitragsfinanzierte Basisabsicherung. Die Rentenversicherung gerät durch die Zangenbewegung einer längeren Lebenserwartung einerseits und geringerer Kinderzahlen andererseits unter Druck. Die Zeit für Reformen wird inzwischen knapp. Vor allem die so genannten „Generationenbilanzen“ zeigen, dass eine weitere Verzögerung die „implizite Verschuldung“ für die nachfolgenden Generationen nochmals erhöhen würde. Die Aufgabe der Volkspartei CDU ist es deshalb, für eine nachhaltige Rentenpolitik einzutreten, die nicht ausschließlich zu Lasten der zukünftigen Generationen geht. Das bedeutet aber auch, klar zu sagen, dass die jetzige Rentnergeneration ebenfalls ihren Beitrag zur Reform des Rentensystems leisten muss.

Die stärkere Eigenverantwortung muss sich in den Rahmenbedingungen für die kapitalgedeckte individuelle Zusatzvorsorge niederschlagen. Ein zusätzlicher staatlicher Zwang zur Privatvorsorge passt dabei nicht in die rentenpolitische Landschaft – vor allem, weil Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch ihre Beiträge von immerhin noch fast zwanzig Prozent des Einkommens bereits eine teure Pflichtabsicherung finanzieren. Und Soziale Marktwirtschaft bedeutet immer: Freiwilligkeit so viel wie möglich. Eine Pflichtversicherung würde hingegen den Spielraum des Einzelnen für die private Zu-

satzvorsorge unnötig einengen. Denn die private, freiwillige Vorsorge für das Alter ist in verschiedenen Lebensphasen durchaus unterschiedlich ausgeprägt: Steht für jüngere Arbeitnehmer – mit noch unterdurchschnittlichem Einkommen – oftmals die Finanzierung der Familiengründung im Vordergrund, so folgt zu einem späteren Zeitpunkt die Phase, in der intensiver und dann auch mit höheren Beträgen Vorsorge für das Alter getroffen werden kann.

Die CDU sollte daneben für mehr Ordnungspolitik in der Rentenpolitik plädieren. Die Ökosteuer und die beabsichtigte Mindestsicherung sind Beispiele für nicht ordnungskonforme Fehlentwicklungen in der Rentenversicherung. So verweist die Bundesregierung zwar gerne auf sinkende Beitragsätze. Die Ausgaben sind aber bis zuletzt immer weiter gestiegen. Ursache hierfür ist, dass ein immer größerer Teil der Rentenleistungen aus Steuergeldern finanziert wird – und das nicht erst mit der Einführung der Ökosteuer, sondern leider schon mit der letzten Anhebung der Mehrwertsteuer. Diese Verschiebebahnhöfe nach dem Motto „Beiträge runter, Steuern rauf“ sind jedoch in aller Regel Mittel, um grundsätzlichen Reformen auszuweichen. Umso schlimmer ist es, dass die zusätzlichen Einnahmen jetzt noch nicht einmal zu einer Absenkung der Rentenbeiträge in gleichem Umfang führen.

Diese Einnahmen verplant die Bundesregierung stattdessen für einen weiteren ordnungspolitischen Sündenfall – eine bedarfsorientierte Mindestsicherung innerhalb der Rentenversicherung. Richtig wäre hingegen zukünftig – sogar noch in stärkerem Maße –, das Prinzip „Rentenleistung folgt Beitragsleistung“ zur Geltung kommen zu lassen. Die saubere Trennung zwischen den beitragsorientierten Rentenleistungen

einerseits und den steuerfinanzierten, dafür aber bedürftigkeitsabhängigen Leistungen der Sozialhilfe andererseits ist eine der tragenden Säulen des deutschen Sozialsystems; sie sollte in jedem Fall erhalten bleiben. Sie markiert auch den Unterschied zwischen der Verantwortung des Einzelnen im äquivalenzorientierten Rentensystem einerseits und der sozialstaatlichen Hilfestellung der Sozialhilfe andererseits. Die Wirtschaft setzt deshalb darauf, dass die CDU eine solche „Sozialhilfe de luxe“ verhindert. Ein wirtschaftspolitisches Kernstück der Sozialen Marktwirtschaft ist eine marktgerecht gestaltete Wettbewerbspolitik. Die aktuellen Konzentrationstendenzen führen dabei derzeit zu vielfältigen Ängsten und Verunsicherungen, bei Bürgern wie bei kleinen und mittelständischen Unternehmen gleichermaßen. Die CDU als Erfinderin des deutschen Wettbewerbsrechts steht in einer besonderen Verantwortung, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb zukunftsfähig zu machen. Auch in diesem Themengebiet kommt der CDU die Aufgabe zu, einerseits die Sorgen der Bevölkerung aufzugreifen und andererseits nach ordnungspolitisch vertretbaren Lösungen zu suchen.

Im Zeitalter zunehmender Fusionstendenzen hat der Wettbewerb weiterhin die Aufgabe, „äußerste Leistungen zu erzwingen“ (Müller-Armack) und Existenzgründern den Eintritt in den Wettbewerb zu ermöglichen. So ist der erste Schritt zur Sicherung des Wettbewerbs die Erleichterung des Marktzuganges. Dazu gibt es vielfältige Ansatzpunkte: Ein einfaches Steuerrecht senkt die Markteintrittsbarrieren nicht nur für inländische, sondern auch für ausländische Anbieter. Die Deregulierung am Arbeitsmarkt muss ebenfalls wieder auf die Tagesordnung: Erleichterungen bei der Befris-

tung von Arbeitsverhältnissen sowie ein flexiblerer Kündigungsschutz würden dazu beitragen, das Wachstum neuer Unternehmen zu erleichtern, die gegenwärtig angesichts hoher Kosten die Einstellung von Mitarbeitern scheuen. Auch die Bürokratisierung der 630-DM-Jobs erschwert den Start neuer Wettbewerber – denn gerade junge Unternehmen in Handel und Dienstleistungen sind auf diese Beschäftigungsform angewiesen. Erleichterungen sind vor allem im Dienstleistungsbereich notwendig. Hier findet sich die größte Gründungs- und Wettbewerbsdynamik. Sie bewirkt, dass trotz Fusionen und Insolvenzen in anderen Bereichen die Zahl der Unternehmen und Selbstständigen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Diese lange Zeit unbeachtete „wirtschaftliche Elite“ von risikobereiten Jungunternehmern ist es, die zu einem guten Teil den Strukturwandel in der Industrie durch Schaffung neuer Dienstleistungsjobs abfedert.

Internationale Wettbewerbsfragen

Wettbewerb und Wettbewerbspolitik haben aber längst auch eine internationale Dimension. Mit der Globalisierung der Märkte nehmen internationale Allianzen zu, die in ihrem Kern bisweilen nichts anderes sind als Absprachen zur Vermeidung von Wettbewerb. Wirksamer Wettbewerb sichert die individuelle Freiheit, er kann jedoch nur stattfinden, wenn inländischen und ausländischen Konkurrenten umfassender Marktzutritt gewährt wird. Hierzu sollte die Volkspartei CDU – im Interesse der Verbraucher und der Unternehmen in Deutschland – neue Initiativen entwickeln. Dabei wäre es zu ehrgeizig, eine „Weltwettbewerbsbehörde“ anzustreben. Chancen zur Realisierung hat auf absehbare Zeit nur die inter-

nationale Vereinbarung wettbewerbsrechtlicher Grundregeln für den Bereich der Kartelle und sonstiger Wettbewerb behindernder Praktiken. Die WTO erscheint als eine geeignete Organisation, in der die internationalen Wettbewerbsfragen im Rahmen des politisch Machbaren geregelt werden sollten. Die Vereinbarungen müssten anknüpfen an bisherige Kooperationsabkommen insbesondere zwischen den USA und der Europäischen Union. Dabei wäre auch ein Diskurs über die wirksamsten Formen der Wettbewerbspolitik fruchtbar. Eine Art Benchmarking zwischen den US-Vorstellungen mit striktem Kartellverbot und Zerschlagungsoption einerseits und europäischen Ansätzen mit einer stärkeren Fusionskontrolle andererseits ist bislang nicht ernsthaft diskutiert worden. Die CDU könnte durch entsprechende Vorschläge dazu beitragen, eine ordnungspolitische Ausrichtung der Wettbewerbspolitik zu sichern. Stattdessen erleben wir zurzeit, dass die Bundesregierung in Unternehmenskrisen durch kurzfristigen Aktionismus – das Beispiel eines großen Bauunternehmens ist allen noch in Erinnerung – selbst zu Wettbewerbsverzerrungen beiträgt.

Nicht nur in der Renten- und der Wettbewerbspolitik braucht die Wirtschaft die CDU. Insbesondere in der aktuellen Debatte um die Steuerreform ist das Drängen der CDU auf eine Berücksichtigung der Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen von großer Wichtigkeit, denn mit der angekündigten Steuerreform werden vor allem Kapitalgesellschaften unterstützt. Zwar hat das Konzept der Bundesregierung auch für den Kleinunternehmer richtige Ansätze, soll doch der Eingangssteuersatz auf fünfzehn Prozent gesenkt werden – und die Einkommensteuer ist schließlich die Unternehmenssteuer für die vielen risikobereiten Ei-

gentümerunternehmer in Deutschland. Doch zum Mittelstand gehören auch mittlere und große Personenunternehmen. Für sie sind einkommensteuerliche Spitzenbelastungen von 45 Prozent zu hoch. Die Belastung dieser wirtschaftlich Leistungsfähigen darf nicht höher sein als die der internationalen Konzerne. Gerade hier bildet das CDU/CSU-Konzept einen Brückenschlag. Denn auch nach Ansicht der Wirtschaft ist eine Tarifsenkung auf eine Höhe von vierzig Prozent im oberen Bereich für mittelständische Personengesellschaften unabdingbar.

Ein heißes Eisen ist auch die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne. Hier müssen CDU und Wirtschaft gemeinsam darauf drängen, dass die Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne bei Kapitalgesellschaften – solange sie im Unternehmen bleiben – durch entsprechende Regelungen für Personengesellschaften ergänzt wird. So sollten hier Veräußerungsgewinne bei Umstrukturierungen und bei Betriebsaufgabe im Alter ebenfalls steuerfrei gestellt werden. Deutschland hat mit dem von der CDU maßgeblich geprägten Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einen guten Ausgangspunkt, um sich dem globalen Wettbewerb mit Marktwirtschaften nach angelsächsischem oder asiatischem Muster zu stellen. Die CDU muss die treibende Kraft bei der Suche nach einer modernen Ordnungspolitik sein, die wirtschaftliche Freiheit und sozialen Ausgleich verbindet, ohne Markt- und Wettbewerbskräfte zu unterdrücken. Die damit verbundenen Herausforderungen an die deutsche Wirtschaftspolitik sind keinesfalls bewältigt. Ansatzpunkte für eine intensive und offensive Oppositionspolitik hat die CDU deshalb reichlich. Es liegt an ihr, diese Chancen zu nutzen, zum Wohl der Wirtschaft und der Bevölkerung in Deutschland.